

**Stadt Bergisch Gladbach  
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich <b>Jugend und Soziales</b>	Datum <b>11.03.2005</b>
	Schriftführer                      Telefon-Nr. <b>Hans-Jörg Fedder              02202/14-2865</b>
<b>Niederschrift</b>	
<b>Jugendhilfeausschuss</b>	<b>Sitzung am Donnerstag, 3. März 2005</b>
Sitzungsort Gemeinschaftsgrundschule Katterbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 18:48 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
<b>Sitzungsteilnehmer</b> Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
<b>Tagesordnung</b>	

**A      Öffentlicher Teil**

- 1.      Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit**  
*Seite A 3*
- 2.      Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.12.2004 - öffentlicher Teil**  
*Seite A 4*
- 3.      Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.12.2004 - öffentlicher Teil**  
81/2005 *Seite A 4*
- 4.      Mitteilungen der Vorsitzenden**  
*Seite A 4*
- 5.      Mitteilungen des Bürgermeisters**  
**hier: Auffälliges Verhalten junger Menschen in Paffrath und Hand; Sitzungstermine**  
69/2005 *Seiten A 4 ff*
- 6.      Ganztagsbetreuung an städtischen Grundschulen**  
88/2005 *Seiten A 3 f*
- 7.      Ergänzungswahlen für beratende Mitglieder des Jugendhilfeausschusses**  
87/2005 *Seiten A 6 f*

8. **Neue Richtlinien zur Förderung von Freizeitmaßnahmen**  
585/2004 *Seite A 7*
9. **Antrag der FDP-Fraktion vom 18.01.2005, die Verwaltung möge ein Konzept für einen Kindertagesstättenführer vorbereiten**  
126/2005 *Seite A 7*
10. **Anfragen der Ausschussmitglieder**  
*Seiten A 7f*

- 
1. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.12.2004 - nichtöffentlicher Teil**  
*Seite B 1*
  2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.12.2004 - nichtöffentlicher Teil**  
*82/2005* *Seite B 1*
  3. **Mitteilungen der Vorsitzenden**  
*Seite B 1*
  4. **Mitteilungen des Bürgermeisters**  
*Seite B 1*
  5. **Anfragen der Ausschussmitglieder**  
*Seite B 1*

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit

@-> Frau Bendig eröffnet die zweite Sitzung des Jugendhilfeausschusses in der siebenten Wahlperiode des Rates der Stadt Bergisch Gladbach und stellt fest, dass der Jugendhilfeausschuss ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Sodann wird unter Verlesung des Verpflichtungstextes das stellvertretende Ausschussmitglied Herr Sieg (Arbeiterwohlfahrt) in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet. Über die Verpflichtung wurde eine als Anlage beigefügte Niederschrift gefertigt.

Frau Bendig weist darauf hin, dass einige Ausschussmitglieder fehlen. Insbesondere sei Frau Münzer erkrankt und werde durch Herrn Dr. Kassner vertreten. Sie wünscht unter Beifall des Ausschusses Frau Münzer gute Besserung.

Ferner haben sich entschuldigt Herr Eßer (Arbeiterwohlfahrt; dieser wird durch Herrn Sieg vertreten); Herr Sellmann und Frau Niewerth (Amtsgericht), Herr Ockfen und Herr Kemper (Agentur für Arbeit), Herr Geurtz und Herr Koll (Kreispolizeibehörde) sowie Herr Kern (Katholische Kirche), der durch Herrn Braun-Paffhausen vertreten wird.

Frau Bendig erklärt, dass unmittelbar anschließend die Führung durch den Bereich der Offenen Ganztagschule erfolgt.

<-@

#### 6 Ganztagsbetreuung an städtischen Grundschulen

@-> Die Führung durch die Räumlichkeiten sowie die Beantwortung der dabei gestellten Fragen erfolgt durch Frau Kufner, Herrn Fritsch vom Trägerverein sowie Herrn Dr. Petersen (Schulleiter).

Frau Bendig bedankt sich unter Beifall für die Führung und die Informationen.

Auf Anfrage von Frau Schöttler-Fuchs stellt Herr Hastrich kurz die Planung zur Aufnahme des Betriebes der Offenen Ganztagschulen dar. Zum Schuljahr 2005/2006 werde an acht weiteren Schulen begonnen. Zum Schuljahr 2006/2007 würden sieben weitere Standorte folgen. An der letzten Schule werde der Betrieb 2007 aufgenommen.

Frau Schöttler-Fuchs weist darauf hin, dass in den für die Offene Ganztagschule zu übernehmenden Räumen der Belgischen Schule Brandschutzauflagen zu beachten sind. Herr Hastrich erklärt, die Verwaltung bemühe sich, die benötigten Räume an allen Standorten rechtzeitig betriebsfertig zu bekommen. Dazu würden auch Gesprä-

che mit den Schulleitungen und den Trägervereinen geführt. Hinsichtlich des Brand-schutzes wird derzeit mit der Bauaufsicht eine Klärung herbeigeführt.

<-@

**2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.12.2004 - öffentlicher Teil**

@-> Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

<-@

**3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.12.2004 - öffentlicher Teil**

@-> Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

**4 Mitteilungen der Vorsitzenden**

@-> Die Vorsitzende, Frau Bendig, bedankt sich für die verteilten Broschüren. Sie trägt keine weiteren Mitteilungen vor.

<-@

**5 Mitteilungen des Bürgermeisters  
hier: Auffälliges Verhalten junger Menschen in Paffrath und Hand; Sitzungstermine**

@-> Mündliche Mitteilungen

Herr Hastrich teilt zum Tagesbetreuungsausbaugesetz mit, dass von den örtlichen Trägern der Jugendhilfe für den Zeitraum, in dem die Betreuung der unter Dreijährigen nicht bedarfsgerecht sichergestellt ist, zum 15.03. eines jeden Jahres ein Bericht über den Stand der Versorgung und den weiteren Ausbau zu erstellen ist. Wegen der überdurchschnittlich guten Versorgung in diesem Bereich in Bergisch Gladbach hält es Herr Hastrich unter Hinweis auf die Beschlusslage im Rat für ausreichend, den Jugendhilfeausschuss im Sommer durch eine Vorlage über die Kindertagesstättenbedarfsplanung und den Ausbau bis 2010 zu informieren.

Schriftliche Mitteilungen

Herr Dr. Kassner sieht durch die in der schriftlichen Vorlage beschriebenen Vorgänge eine Gefährdung der Jugendeinrichtung und des Kindergartens.

Herr Galley hält es für ärgerlich, dass das Problem größer ist als zunächst befürchtet. Genau so ärgerlich sei die Art und Weise, wie der Ausschuss über die Problematik unterrichtet wurde. Möglicherweise sei die Kommunikation zwischen der Einrichtung und der Verwaltung nicht optimal. Er regt an, die Verwaltung soll andere Möglichkeiten erwägen, um solche Missstände schneller zu erkennen.

Die von verschiedenen Ausschussmitgliedern gestellten Fragen beantwortet Herr Hastrich dahingehend, dass dieser Punkt nicht bloß zufällig auf die Tagesordnung gekommen sei. Außer der räumlichen Nähe gebe es auch keinen Zusammenhang zwi-

schen den Problemen in der Jugendeinrichtung und denen in der Kolpingstraße. Es gebe mehrere Standorte in der Stadt, an denen Jugendliche auffallen; hier gibt es auch Kontakte zwischen der Polizei und der Stadt. Weder die beschriebenen Missstände noch die bekannt gewordenen Sachbeschädigungen seien im Verhältnis zu anderen Einrichtungen besonders auffällig. Durch seine abgelegene Lage sei das Objekt ein reizvoller Treffpunkt für verschiedene Gruppen.

Durch den verstärkten Einsatz der Mobilen Offenen Jugendarbeit soll der Kontakt zu den dortigen Jugendlichen aufgenommen und eine sozialverträgliche Lösung der bestehenden Probleme angestrebt werden.

Herr Zenz ergänzt, dass es sich bei der Kolpingstraße um ein relativ großes Spielgelände in einer normalen Wohnumgebung handelt und sich hier in der wärmeren Jahreszeit Jugendliche treffen. Grundsätzlich müsse dies von den Anliegern akzeptiert werden. Problematisch sei ruhestörender Lärm, der die erlaubten Grenzwerte überschreitet sowie eventuelle kriminelle Handlungen. Diesen müsse nachgegangen werden. Im Frühjahr und Sommer müsse die Situation geprüft werden. Die Feststellungen der Polizei gehen bisher davon aus, dass an der Kolpingstraße keine besondere Auffälligkeit vorliegt. Der geplante Runde Tisch soll zur Problemlösung beitragen.

Herr Dr. Kassner befürchtet, dass der Versicherungsschutz des Jugendtreffs des DRK bei wiederholten Schäden zu erlöschen droht. Auf seine Frage, wie die Stadt einer solchen Gefährdung der Einrichtung entgegenzuwirken gedenke, erklärt Herr Hastrich, es könne nicht Aufgabe der Stadt sein, Versicherungsprobleme der Träger zu lösen. Davon unabhängig werde sich die Stadt bemühen, auf die Jugendlichen einzuwirken.

Die bestehende Problematik sei nicht durch die Jugendeinrichtung entstanden. Insofern habe es keinen Einfluss, ob die dort tätige Fachkraft zu 75% oder zu 100% beschäftigt wird.

Frau Schöttler-Fuchs begrüßt den ausführlichen Bericht der Verwaltung. Sie beantragt für die SPD-Fraktion, die Verwaltung solle im Rahmen eines Sachstandsberichtes den Zustand für das ganze Stadtgebiet darstellen.

Herr Schnöring hält den Standpunkt, die Stadt könne sich nicht um die Versicherungsverhältnisse freier Träger kümmern, formal für richtig. Er und Herr Dr. Kassner halten diesen Standpunkt angesichts der Gefahr, dass freie Träger unter Umständen aus verschiedenen Gründen die Trägerschaft über Jugendeinrichtungen abgeben, aber nicht für ausreichend.

Herr Braun-Paffhausen weist darauf hin, dass die Sozialraumanalyse noch nicht abgeschlossen ist. Während der wärmeren Jahreszeit können sicherere Erkenntnisse gesammelt werden.

Zutreffend sei, dass Personalreduzierungen nicht die Ursache für die Missstände seien. Allerdings würden sie eine angemessene Reaktion erschweren.

Im Vorfeld des Jugendtreffs in Paffrath gab es bereits einen Runden Tisch. Die damit gemachten Erfahrungen hält er für hilfreich. Schwierigkeiten habe es in allen Vororten gegeben. Eine genaue Analyse sei ebenfalls wichtig. Vor der Entwicklung eines Konzeptes soll geprüft werden, ob sich die Treffpunkte der Jugendlichen nicht zeitlich geändert hätten.

Frau Dehler erinnert an den Runden Tisch in Herkenrath. Dank der Mobilen Offenen Jugendarbeit, der Kirchen und dem Haus der Jugend seien gute Kontakte zustande

gekommen.

Herr Kotulla lehnt es ab, allein der Verwaltung die Verantwortung für die Zustände in Bergisch Gladbach anzulasten. Er begrüßt die Forderung nach einer seriösen Untersuchung und verweist auf das System dezentraler Standorte, das die Gefahr schwieriger Verhältnisse an verschiedenen Stellen berge. Die Verwaltung stehe in Kontakt mit der Polizei und versuche, mit den Trägern und den Jugendlichen in Kontakt zu kommen.

Herr Hastrich verweist ebenfalls auf die Gespräche mit den Trägern; er hält es für wenig wahrscheinlich, dass ein Träger wegen Schwierigkeiten mit einer Versicherung eine Einrichtung aufgibt. Die mit dem Träger geführten Gespräche umfassen auch die wirtschaftliche Situation.

Die Tätigkeit der Mobilen Offenen Jugendarbeit in Herkenrath werde nicht vollständig eingestellt.

Aus dem Abriss des Unterstandes an der Kolpingstraße ergebe sich keine anderweitige Verwertung des Grundstückes. Ein Baurecht besteht dort nicht.

<-@

7

#### Ergänzungswahlen für beratende Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

@->

Herr Hastrich erklärt, der Beschlussvorschlag müsse beim Buchstaben k) geändert werden, da der Beschlussvorschlag nicht der Beschlusslage des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen entspricht. Für den Beirat könne noch kein beratendes Mitglied vorgeschlagen werden. Das vom Beirat vorgeschlagene beratende Mitglied Herr Marzinkowski hätte – seine Wahl vorausgesetzt – eine Doppelmitgliedschaft inne. Dies ist nach Auffassung der Verwaltung nicht mit der Gemeindeordnung vereinbar.

Als persönlicher Vertreter ist Herr Andreas Fritsch einzutragen. Er soll Gelegenheit erhalten, an der nächsten Sitzung dieses Ausschusses teilzunehmen.

Der Jugendhilfeausschuss fasst über den so geänderten Vorschlag folgenden

Beschluss: (einstimmig)

<-@

@->

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach, folgende Personen zu beratenden Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses bzw. zu deren persönlichen Vertreterinnen/Vertretern zu wählen:

- h) Frau Ulla Forster  
persönliche Vertreterin: Frau Claudia Betzin
- h) Herr Friedhelm Bilski  
persönliche Vertreterin: Frau Dagmar Ibe
- h) Herr Gregor Homrighausen  
persönlicher Vertreter: Herr Karl-Heinz Piel
- i) Herr Thomas Werner  
persönlicher Vertreter: Herr Franz-Josef Kuschel
- j) Frau Elke Mrziglod

persönlicher Vertreter: Herr Karim Tollih

k) persönlicher Vertreter: Herr Andreas Fritsch

<-@

## 8 Neue Richtlinien zur Förderung von Freizeitmaßnahmen

@-> Zu einem Hinweis Herrn Neuheusers zum Haushalt 2005 erklärt Herr Kotulla, derzeit gelte die Übergangswirtschaft. Rein rechtlich gesehen dürfen keine freiwilligen Ausgaben getätigt werden. Er hoffe aber zugunsten des betroffenen Personenkreises auf flexible Lösungen.

Auf Anfrage Herrn Dr. Kassners erklärt Herr Zenz, dass die Schulung von Ehrenamtlern zu Gruppenleitern aufgrund der Richtlinien zur Förderung von Bildungsveranstaltungen im Rahmen der außerschulischen Jugendbildung erfolgt. Hier seien auch das Antrags- sowie das Verwendungsnachweisverfahren geregelt. Unter anderem seien auch Aussagen über die inhaltliche und methodische Gestaltung zu treffen und ein Erfahrungsbericht über die Bildungsmaßnahme vorzulegen.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgende

Beschlussempfehlung: (einstimmig)

<-@

@-> Rückwirkend zum 01.01.2005 treten die in der Anlage 2 aufgeführten geänderten Richtlinien zur Förderung der Freizeit- und Erholungsmaßnahmen in Kraft.

<-@

## 9 Antrag der FDP-Fraktion vom 18.01.2005, die Verwaltung möge ein Konzept für einen Kindertagesstättenführer vorbereiten

@-> Herr Gerhards begründet und erläutert den Antrag seiner Fraktion. Er schlägt vor, in die elektronischen Medien Angaben zu den einzelnen Kindertagesstätten aufzunehmen. Dazu möge die Verwaltung ein Konzept erstellen.

Herr Galley spricht sich für die SPD-Fraktion für den Antrag aus und bevorzugt eine Veröffentlichung in den elektronischen Medien.

Herr Zenz weist darauf hin, dass im Internetportal der Stadt bereits eine Liste aller Kindertagesstätten und eine entsprechende Liste für den jeweiligen Stadtteil aufgerufen werden kann. Diese Listen enthalten die Adressen der jeweiligen Einrichtungen, aber keine weitergehenden Angaben. Eine Verbindung zu der Homepage der jeweiligen Einrichtung könne erstellt werden.

<-@

## 10 Anfragen der Ausschussmitglieder

@-> Herr Köchling (Caritas) verweist auf die vorgelegten Armutsberichte des Bundes und des Landes sowie fundierte Studien zur Ausprägung von Kinderarmut. Er beantragt, der Jugendhilfeausschuss möge sich in einer seiner nächsten Sitzung schwerpunktmäßig mit den Folgen der Kinderarmut in Bergisch Gladbach befassen und sich Maßnahmen überlegen, die Konsequenzen dieser Armut zu mildern. Er verweist insbesondere auf den Zusammenhang zwischen Armut und Bildung. Sinnvoll sei auch die

Einladung von Referenten.

Frau Bendig begrüßt diesen Vorschlag.

Herr Dr. Kassner verweist darauf, dass seines Wissens das Landesausführungsgesetz zum KJHG eine Vertretung der persönlichen Vertreter der Ausschussmitglieder untereinander zulasse. Dem stehe aber die Satzung des Jugendamtes entgegen. Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

Frau Schöttler-Fuchs fragt nach dem Sachstand der Verhandlungen mit dem Erzbis-tum über die Schließungsabsichten von Kindertageseinrichtungen. Weiter fragt sie unter Hinweis auf entsprechende Presseberichte nach dem Stand zur Einrichtung in Katterbach.

Herr Hastrich bittet um Verständnis dafür, dass er sich über die laufenden Verhandlungen mit der katholischen Kirche nur zurückhaltend äußern könne.

Entgegen der Presseberichte bestehe noch keine Klarheit über die Schließung bestimmter Gruppen. Zwischen den Verhandlungsführern der katholischen Kirchengemeinden und dem Jugendamt gibt es eine abgestimmte Lösung, wie die Anforderungen des Bistums hinsichtlich der Schließung von Gruppen umgesetzt werden können, ohne den Versorgungsauftrag der Stadt zu gefährden. Dazu gehöre auch die Umwandlung von Gruppenstrukturen, die zusammen mit anderen Maßnahmen zu einer geringeren Gruppenzahl als heute führt. Gleichzeitig wird der katholischen Kirche ermöglicht, das angestrebte Sparziel zu erreichen. Welche Maßnahmen tatsächlich ergriffen werden sollen, werde derzeit innerhalb der katholischen Kirche abgestimmt.

In der nächsten oder übernächsten Sitzung wird die Verwaltung dem Jugendhilfeausschuss ein mit der Kirche abgestimmtes Konzept vorlegen, welches dem Ausschuss ermöglicht, gestaltend einzugreifen. Dabei werden die in den städtischen Richtlinien festgelegten Regeln beachtet.

Herr Galley kritisiert die Verunsicherung der betroffenen Eltern durch die Berichterstattung der Presse.

Herr Kotulla bekräftigt das Ziel, die Versorgung in den einzelnen Stadtteilen zu gewährleisten. Die Verwaltung wird sich bemühen, die Eltern zu beruhigen. Es ist beabsichtigt, mit der katholischen Kirche eine Pressemitteilung abzustimmen.

Die Vorsitzende, Frau Bendig, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.45 Uhr. <-@